



## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche 43. Sitzung des Stadtrates

**Datum:** 30.01.2024

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ort:** Sitzungssaal des Rathauses

**Ende:** 21:30 Uhr

### Anwesend:

#### Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

#### Zweiter Bürgermeister

Sengl, Manfred, Dr.

#### Dritter Bürgermeister

Hofschuster, Thomas

#### Mitglieder des Stadtrates

Arnold, Anja

Online-Teilnahme

Dirnberger, Dominik

Ehm, Rosmarie

Ehrensberger, Josef

Genzel, Rebecca

Gigliotti, Gisella

Heil, Thorsten

Hoiß, Günter

Honold, Jürgen

ab Top 4

Horn, Gudrun, Dr.

Kamleiter, Karin

Keil, Max

ab Top 7

Knürr, Hans

Koch, Martin

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

Olschowsky, Claudia

Peukert, Michael

Online-Teilnahme

Ponn, Barbara

Schneider, Dominik

Sippel, Dorothea

von Hagen, Michaela

Winberger, Lydia

Wirth, Wolfgang

Wuschig, Wolfgang

Zöller, Rainer

#### **Berufsmäßige Stadträte**

Heitmeir, Harald

#### **Schriftführer/in**

Wipiejewski, Isabell

#### **Verwaltung**

Dinkelmaier, Judith

#### **Abwesende und entschuldigte Personen:**

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Salcher, Thomas

#### **Berufsmäßige Stadträte**

Tönjes, Jens

**Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung**

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Bürgerbefragung zur verkehrlichen Situation in der Allinger Straße - Vorstellung der Ergebnisse, Entscheidung	2023/0209
TOP 5	Besetzung von Ausschüssen	2024/0002
TOP 6	Jahresabschluss 2019, Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung und Entlastung (Art. 102 Abs. 3 GO)	2023/0200
TOP 7	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024	2024/0001
TOP 8	Mitteilungen und Anfragen	

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadträtin Arnold und Stadtrat Peukert nahmen online an der Sitzung teil. Nicht anwesend seien Stadtrat Salcher und Herr Tönjes. Die Stadträte Honold und Keil würden etwas später eintreffen. Einwände gegen die Tagesordnung gab es keine. Die Niederschriften der Stadtratssitzung vom 19. Dezember wurden einschließlich der von Stadtrat Hoiß im Vorfeld angeführten Ergänzung genehmigt.

**TOP 2 Aktuelle Viertelstunde**

In der aktuellen Viertelstunde berichtete ein Anwohner der Tannenstraße über die aktuelle Situation im Wohngebiet. Er nahm Bezug auf eine Unterschriftenliste der Anwohnenden, in der die Anwendung der städtischen Zweckentfremdungssatzung in Bezug auf ein Arbeiterwohnheim gefordert werde. Die Situation eskaliere und das Anwesen müsse unverzüglich geräumt und dem Wohnzweck wieder zugeführt werden. Der Vorsitzende bestätigte den Eingang der Unterschriftenliste und erklärte, dass man die Unterlagen sofort nach Eintreffen an das Landratsamt zur Prüfung weitergeleitet habe. Man werde das Landratsamt erneut auf die Dringlichkeit hinweisen, könne aber vor einer Entscheidung der Genehmigungsbehörde nicht im Sinne der städtischen Zweckentfremdungssatzung tätig werden.

**TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**

Der Vorsitzende gab bekannt, dass im Rahmen der Brandschutzsanierung der Mittelschule die Containeranlage für die Teilauslagerung der Mittelschule an die Firma Recon Germany in Soest vergeben worden sei. Ebenfalls wies er darauf hin, dass am Sonntag, 4. Februar, um 14 Uhr am Grünen Markt eine Kundgebung unter dem Motto „Aufstehen für Demokratie: miteinander statt auseinander“ stattfinden werde. Alle seien eingeladen, teilzunehmen und ein Zeichen zu setzen, dass die Gesellschaft sich nicht spalten lasse, sondern eine gemeinsame Wertebasis habe.

#### **TOP 4      Bürgerbefragung zur verkehrlichen Situation in der Allinger Straße - Vorstellung der Ergebnisse, Entscheidung**

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein. Er betonte die Bedeutung der Verkehrswende und die Relevanz des Mobilitätsverhaltens aller Bürgerinnen und Bürger. Frau Grenzdörfer von der Stadtverwaltung erläuterte weitere Details zur vorliegenden Beschlussvorlage und stellte die Ergebnisse der von der Stadtverwaltung durchgeführten Umfrage vor. Insgesamt hätten sich mehr Personen für die Verlängerung des Fahrradschutzstreifens ausgesprochen als dagegen. Es seien jedoch auch zahlreiche Bedenken geäußert worden, insbesondere hinsichtlich des Wegfalls von Parkplätzen und der Zunahme der Geschwindigkeit. Beeindruckt habe sie der Rücklauf von 48 Prozent und die überwiegend hohe Qualität der Aussagen. Der finanzielle und personelle Aufwand sei allerdings nicht unbedeutend gewesen. Der Stadtrat verfüge nun über eine aussagekräftige Beratungsgrundlage. Verkehrsreferent Stadtrat Olschowsky bestätigte, dass der gute Rücklauf der Umfrage positiv zu bewerten sei. Allerdings sehe er die Tatsache, dass bei einer Verlängerung des Fahrradschutzstreifens zahlreiche Parkplätze wegfielen, weiterhin äußert kritisch ebenso wie die zu erwartende erhöhte Geschwindigkeit der Autofahrenden in der Allinger Straße. Eine Beschlussfassung sei ohne Stellungnahmen der zuständigen Behörden rechtssicher nicht möglich, daher solle der Tagesordnungspunkt vertagt werden. Stadträtin Gigliotti betonte, dass die Ergebnisse der Umfrage für sie bindend seien. Die Mehrheit habe sich für den Fahrradstreifen ausgesprochen. Ihrer Erfahrung nach sei der Parkstreifen häufig nicht belegt. Bemerkenswert sei auch der deutliche Wunsch nach Geschwindigkeitsbeschränkung, was die Stadt aber nicht in der Hand habe. Stadtrat Leone betonte, dass das Ergebnis der Umfrage eindeutig sei. Vor einer Beschlussfassung sollten aber die rechtlichen Rahmenbedingungen abgeklärt werden. Stadtrat Schneider erklärte, dass seiner Ansicht nach die Umfrage kein so klares Bild ergebe. Er hob hervor, dass viele Befragte ausführlich ihre Bedenken geäußert hätten. Zudem gebe es auch widersprüchliche Aussagen. Er verwies auf die Parkplatzproblematik und die Gefahren durch erhöhte Geschwindigkeit und betonte, dass er sich durch die Ergebnisse der Umfrage nicht gebunden sehe. Stadträtin von Hagen erachtete eine behördliche Prüfung als zeitlich unkritisch und zeigte sich erfreut, wie viel Interesse und Beteiligung die Umfrage erfahren habe. Angesichts der möglicherweise erhöhten Geschwindigkeit durch wegfallende Parkplätze regte sie, an die Geschwindigkeitsüberwachung in der Allinger Straße variabler einzusetzen. Auf Nachfrage von Stadtrat Hoiß erklärte Frau Grenzdörfer, dass auch die digitale Umfrage anonym gewesen sei, da die Anmeldedaten für die Administrierenden nicht sichtbar seien. Der Vorsitzende ergänzte, dass die Angabe von Daten erforderlich gewesen sei, um Mehrfachabstimmungen durch eine Person zu verhindern. Stadtrat Hoiß führte aus, dass es aufgrund von Behinderungen im Straßenverkehr für die Freiwillige Feuerwehr in Puchheim zunehmend unmöglich sei, die zehninütige Hilfsfrist einzuhalten. Er erwarte von der Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept zur Verbesserung. Stadträtin Gigliotti appellierte an das Gremium, dass der Schutz

der Fußgänger und der Radfahrenden im Mittelpunkt stehen müsse. Stadträtin Dr. Matthes merkte an, dass es durch die parkenden Fahrzeuge nicht nur zu gefährlichen Situationen zwischen Fahrradfahrenden und Autos käme, sondern auch häufig zwischen zwei Autos. Sie spreche sich klar für die Verlängerung des Fahrradstreifens aus, wenn es rechtlich möglich sei. Stadtrat Wirth bezweifelte die Schutzfunktion eines Fahrradschutzstreifens. Daher sei eine rechtliche Prüfung erforderlich. Stadträtin Kamleiter äußerte große Bedenken angesichts der Gefahren durch überhöhte Geschwindigkeit, die ihrer Ansicht nach mit der Verlängerung des Streifens einhergingen. Stadtrat Heil erklärte, dass er aus Gewissensgründen nicht für die Verlängerung des Fahrradstreifens und den Wegfall der Parkplätze im Tempo 50 Bereich stimmen könne, da dann in diesem Abschnitt der Allinger Straße zu schnell gefahren werde. Stadtrat Honold sah keine Notwendigkeit, den Tagesordnungspunkt zu vertagen. Er sehe die Parkplatzsituation entspannt, da viele Garagen nicht zum Parken genutzt würden. Es entstünden überdies aufgrund der entlang der Straße parkenden Autos häufig gefährliche Situationen. Dritter Bürgermeister Hofschuster regte an, prüfen zu lassen unter welchen Voraussetzungen Tempo 30 möglich wäre. Er stellte einen Geschäftsordnungsantrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen bis die behördlichen Stellungnahmen der Polizei und des Landratsamts vorlägen. Der Vorsitzende erklärte, dass er gegen eine Vertagung sei und bat um Abstimmung über den Antrag von Drittem Bürgermeister Hofschuster.

### **Beschluss**

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt bis die Stellungnahmen der Polizei und des Landratsamtes vorliegen.

Abstimmungsergebnis: Ja 12 Nein 17 Anwesend 29 Befangen 0

Der Vorsitzende erklärte, dass es viele Argumente für und gegen die Verlängerung des Fahrradschutzstreifens gebe und schlug vor, die Einholung der rechtlichen Stellungnahmen in den Beschluss mit aufzunehmen. Er bat um Abstimmung des geänderten Beschlussvorschlags.

### **Beschluss**

Der Stadtrat befürwortet die Verlängerung des Radfahrerschutzbereichs in der Allinger Straße und die Verwaltung wird beauftragt, die Stellungnahmen der Behörden einzuholen.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 10 Anwesend 29 Befangen 0

**TOP 5 Besetzung von Ausschüssen**

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

**Beschluss**

Stadtrat Rainer Zöller wird aus dem Ferienausschuss, dem Bauausschuss sowie dem Personalausschuss als Mitglied abberufen. An seine Stelle treten Stadträtin Claudia Olschowsky für den Ferienausschuss und Bauausschuss sowie Stadtrat Dominik Schneider für den Personalausschuss. Stadtrat Rainer Zöller wird stellvertretendes Mitglied in den genannten Ausschüssen und rückt in der Vertretungsreihenfolge an die Stelle, die bislang Stadträtin Olschowsky bzw. Stadtrat Schneider eingenommen haben.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

**TOP 6 Jahresabschluss 2019, Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsausschusses, Feststellung und Entlastung (Art. 102 Abs. 3 GO)**

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein. Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Stadträtin Winberger äußerte ihr Erstaunen, dass der Tagesordnungspunkt in dieser Sitzung zur Abstimmung stehe. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe auf seine letzten Rückfragen von der Stadtverwaltung noch keine Antworten erhalten. Man habe aber angesichts des zweijährigen Verzugs darauf verzichtet, eine Vertagung des Tagesordnungspunkts zu beantragen. Die Stellungnahmen der Verwaltung seien teilweise nicht ausreichend gewesen. Man sehe die große Arbeitsbelastung der Kämmerei, dennoch sei es die Pflicht des Rechnungsprüfungsausschusses bei Unklarheiten nachzufragen. Der Ausschuss habe auch ein Recht auf eine entsprechende Beantwortung der Fragen. Bezugnehmend auf den Prüfbericht betonte sie insbesondere die Bedeutung von namentlichen Nachweisen bei Bewirtsungsbelegen sowie von Skontoabzügen. Sie bedankte sich bei der Kämmerei für die optimalen Prüfungsbedingungen in den Räumlichkeiten in der Boschstraße. Der Vorsitzende sprach dem Rechnungsprüfungsausschuss seinen Dank aus. Die kritischen Anmerkungen seien wichtig. Er bat um Abstimmung des ersten Punktes.

## Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt die Niederschrift über die örtliche Prüfung des Jahresabschlusses 2019 vom 29.11.2022 und die Stellungnahme der Stadtverwaltung hierzu vom 14.09.2023 billigend zur Kenntnis.

Der Stadtrat stellt aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung den Jahresabschluss 2019 wie folgt fest:

Summe der Vermögensrechnung (Bilanzsumme)	187.044.457,49 €
Jahresergebnis der Ergebnisrechnung	2.551.593,60 €
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	-590.981,72 €
Neuer Bestand an liquiden Mitteln	24.121.460,44 €

Sämtliche Unterlagen gem. § 80 Abs. 1 KommHV-Doppik lagen vor und sind Bestandteil des Feststellungsbeschlusses.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

Der Vorsitzende übergab die Sitzungsleitung an Zweiten Bürgermeister Dr. Sengl. Dieser bat um Abstimmung des zweiten Punktes.

## Beschluss

2. Der Stadtrat erteilt dem Ersten Bürgermeister für den Jahresabschluss 2019 die Entlastung gem. Art. 102 Abs. 3 GO.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 1

## TOP 7 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein und betonte, dass ein stabiler Haushalt vorliege, der Handlungsoptionen ermögliche. Er hob in diesem Zusammenhang insbesondere die Planungen zur neuen Stadtmitte hervor und bedankte sich für die vernünftige Politik des Gremiums. Kämmerer Herr Heitmeir ging auf die einzelnen Posten der Haushaltsplanungen ein. Insgesamt gehe es

Puchheim weiterhin gut, der Schuldenstand befinde sich auf einem sehr niedrigen Niveau, allerdings werde man nicht umhinkommen, wieder Schulden aufzubauen, um finanziell leistungsfähig zu bleiben. Finanzreferent Stadtrat Koch lobte die konstruktiven Beratungen im Finanzausschuss. Dennoch sei es wichtig, im Laufe des Jahres die Finanzen im Rahmen einer Stadtratsklausur noch tiefergehend zu betrachten. Die Ausgaben dürften nicht über einen längeren Zeitraum die Einnahmen übersteigen. Es müssten wieder Rücklagen aufgebaut werden. Es gelte, politische Ziele zu definieren und Einsparpotenziale zu identifizieren. Stadträtin Kamleiter erklärte, dass der Haushalt zustimmungsfähig sei, auch wenn der Handlungsspielraum immer geringer werde. Die gesamtgesellschaftliche Lage habe auch gravierende Auswirkungen auf Puchheim. Man sei aber weiterhin in der Lage, Investitionen für die nachfolgenden Generationen zu tätigen. Sie sprach sich gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes aus. Stadträtin Winberger lobte den Haushalt als ausgewogen. Ausgaben seien kritisch hinterfragt worden und nicht alles könne realisiert werden. Wichtig sei es, im Energiebereich voranzukommen, da diese Investitionen sich mittel- und langfristig rechnet. Offene Stellen müssten dringend besetzt werden, um die anstehenden Aufgaben abzarbeiten. Stadtrat Leone betonte, dass Puchheim ein anspruchsvolles Programm zu leisten habe. Puchheim verfüge erfreulicherweise über einen guten Gewerbemix und sei nicht auf einzelne große Steuerzahler angewiesen. Es sei gelungen, einen transparenten Haushalt aufzustellen, der einen gewissen Gestaltungsspielraum erlaube. Stadtrat Honold befand, dass der Haushalt die Grundanforderungen einer Stadt widerspiegele. Die Werterhaltung für zukünftige Generationen sei sichergestellt. Allerdings sehe er durchaus Einsparpotenziale. Darüber hinaus könnten mehr Einnahmen generiert werden, insbesondere bei der Energieversorgung. Stadträtin von Hagen betonte, dass die Corona-Pandemie auch im Hinblick auf den Haushalt 2024 immer noch nachwirke. Auch die Flüchtlingssituation stelle Puchheim seit Jahren vor große Herausforderungen. Sie zeigte sich erfreut angesichts der laufenden Projekte im Rahmen der Bürgerbeteiligung. Insgesamt sehe sie in Bezug auf den Haushalt eine positive Tendenz für die Zukunft. Der Vorsitzende bat um Abstimmung.

## **Beschluss**

Der Stadtrat stimmt dem Haushaltsplan 2024, dem Stellenplan 2024 und der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung für die Jahre 2025 bis 2027 zu und beschließt die Haushaltssatzung für das Jahr 2024.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

**TOP 8      Mitteilungen und Anfragen**

Stadtrat Ehrensberger wies nochmal auf die fehlende Beleuchtung bei der Treppe am Bahnhof hin. Der Vorsitzende erklärte, dass man den Missstand bereits moniert habe. Zweiter Bürgermeister Dr. Sengl nahm Bezug auf den in der November-Sitzung gefassten Beschluss zum Ankauf einer älteren Photovoltaik-Anlage auf der Mittelschule. Er habe weitere Informationen eingeholt und erklärte, dass die Anlage hinsichtlich des Eigenverbrauchs noch rentabler sei als angenommen. Auf Nachfrage von Stadtrat Honold erklärte der Vorsitzende, dass man derzeit darauf warte, dass die zuständige Straßenbaufirma den Büchlweg wiederherstelle. Hinsichtlich der weiteren Frage von Stadtrat Honold erklärte der Vorsitzende, dass die Aufschüttungen und das Gewächshaus an der Alten Bahnhofstraße laut Landratsamt zulässig seien. In Bezug auf den Büchlweg ergänzte Stadträtin Kamleiter, dass die Steinumrandung an der kleinen Brücke ebenfalls beschädigt sei. Stadtrat Hoiß wies darauf hin, dass der Fahrradweg entlang des Gröbenbachs in Richtung Modellflugplatz aufgrund des landwirtschaftlichen Viehtriebs abschnittsweise kaum nutzbar sei. Er berichtete weiter, dass die Warnhinweise zur Bremsschwelle an der Allinger Straße in beiden Richtungen seit einiger Zeit fehlten. Der Vorsitzende versprach dies zu prüfen.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche 43. Sitzung des Stadtrates um 21:30 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl  
Erster Bürgermeister

Isabell Wipiejewski